

Die soziale Tragweite für die Arbeitnehmer ÖGB: Aus Fehlern gelernt?

Mit Unterstützung seines Ethikbeirats nähert sich der Österreichische Gewerkschaftsbund mit Vorbehalt den Möglichkeiten ethischer Geldanlage an.

Nach dem schmerzlichen Finanzdebakel mit der BAWAG-PSK im Jahr 2006, beschloss der neu gewählte ÖGB-Vorstand die Implementierung einer Arbeitsgruppe „Ethische Finanzierung“ als vertrauensbildende Maßnahme in die zukünftige Veranlagungspolitik des österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Es galt unter anderem, Rahmenbedingungen für die strategische Asset-Allocation zu formulieren. Auch die Gründung eines unabhängigen Ethikbeirates wurde empfohlen, mit der Aufgabe der fachlichen Beratung, Weiterentwicklung und Überprüfung der Anlagekriterien hinsichtlich auszubauender Nachhaltigkeitsstrategien.

Ethik-Strategie des ÖGB
Seit dem 9. Juni 2009 tagt der ÖGB-Ethikbeirat einmal pro Quartal unter der Leitung des Zentralbetriebrates **Gerhard Dobernik**. Der Veranlagungsausschuss besteht aus je zwei stimmberechtigten Mitgliedern der ÖGB-Geschäftsleitung, des ÖGB-Zentralbetriebrates und der Pensionskassen Allianz/Bonus. Das Schweizer Bankhaus Sarasin wurde damit beauftragt, das Portfolio halbjährlich auf seine konser-



Foto: Fotolia.com/Wojciech Gajda

vativ ausgerichtete Zielsetzung zu überprüfen.

Selbstverpflichtung

Schon die Arbeitsgruppe engte das potentielle Anlageuniversum auf Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Fonds, Grundstücke und Darlehen (Kredite) ein. Ausdrücklich unberücksichtigt bleiben sogenannte strukturierte Produkte wie beispielsweise Asset Backed Securities, Private Equities, und dergleichen. Derivative Produkte dürfen ausschließlich zur Absicherung bestehender Positionen verwendet werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Erfüllung von Sozialkriterien, wie beispielsweise die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gelegt, insbesondere auch die Respektierung der Gewerk-

schaftsrechte. So wacht der Ethikbeirat auch darüber, dass nicht in Unternehmen oder Länder investiert wird, die gewerkschaftliche Rechte beschneiden.

„Was den Kriterien nicht entspricht, fliegt raus!“

Clemens Schneider, Leiter des Sekretärs des ÖGB für den Bereich Finanzen, stellt klar, dass die neuen strengen Veranlagungsrichtlinien wichtig für den neuen Finanzkurs des ÖGB sind. „Produkte, die unseren strikten Kriterien nicht entsprechen, fliegen aus dem Portfolio raus!“ Gleichzeitig macht Schneider kein Hehl aus seiner erklärten differenzierten Haltung gegenüber ethisch-nachhaltiger Geldanlage, da es seiner Ansicht nach ziemlich schwierig sei, selbst bei Be-

rücksichtigung aller Vorsichtsmaßnahmen, glaubhaft ethisch und sozial verantwortlich zu veranlagen. Auch bei Beachtung der gängigen Negativ- und Positivkriterien, sowie des Best-in-Class Ansatzes, blieben Unsicherheiten, so Schneider.

Auch bestes Rating schützt nicht vor toxischen Papieren

Auf seine persönliche Einschätzung zu Ethik-Fonds angesprochen, erklärt Schneider: „Da wird immer viel versteckt. Wie will man denn sicher sein, dass man sich mit einem auch noch so gut klassifizierten Fonds-Portfolio letztendlich nicht doch toxische US-Papiere eintrifft?“

Deutsche Bank birgt Griechenland-Risiko

Selbst ausgefeilte Vorsichtsmaßnahmen, wie ethische Rating- und Klassifizierungsmethoden können versagen, weil die Materie zu komplex sei, so Schneider, und deutlicher wendend: „Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Die Deutsche Bank. An sich eine sichere Anlage, doch aufgrund der deutschen Stützungszahlungen kauft man dabei derzeit das volle Griechenland-Risiko mit.“

Helmut Berg

ETHIKKOMMENTAR

MARKUS SCHLAGNITWEIT

Öffentliche Hände



Foto: Schlagnitweit

Bei Mozart - so sagen erfahrene Pianisten - darf die linke Hand nicht wissen, was die rechte spielt: Die Musik ist so komplex, dass die Hände unabhängig voneinander spielen können müssen, um einander nicht zu irritieren und aus dem Takt zu bringen.

Sind die Verantwortlichen der öffentlichen Hand allesamt auf Mozart spezialisierte Klavier-Virtuosen? Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man auf die Veranlagungspolitik im Bereich der öffentlichen Hand blickt. Da scheint eine Hand auch nichts von der anderen zu wissen: Da werden mit einer Hand internationale Abkommen und Verträge unterzeichnet, wie etwa die Menschenrechtsdeklaration, das Kyoto-Protokoll, Regelwerke der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, bi- oder multilaterale Rechts- und Steuerhilfeabkommen etc., die allesamt ethisch hoch relevante Kriterien für staatliches Handeln enthalten. Die andere Hand, die unterdessen mit der Veranlagung öffentlicher Gelder betraut ist, scheint all das nichts anzugehen. Oder

hat jemand schon davon gehört, dass die verantwortlichen Verwalter dieser Gelder gesetzlich dazu angehalten wären, etwa die Achtung von Menschen- und Arbeitnehmer-Innenrechten, ökologische Kriterien oder den Boykott von Steueroasen in ihre Veranlagungspolitik zu implementieren? Die Stadt München ist mit einer dementsprechenden Selbstverpflichtung derzeit die einzige mir bekannte, nennenswerte Ausnahme in diesem Zusammenhang.

Man könnte freilich meinen, bei der aktuellen Staatsverschuldung spiele Finanzveranlagung ohnehin keine Rolle. Aber es geht dabei erstens um Signalwirkung und zweitens nicht nur um Bundes-, Landes- oder Kommunalgelder, sondern auch um die Finanzen von Kammern, Gewerkschaften, Kranken- und Pensionskassen. Mozartliche Harmonien zwischen den Prinzipien und Werten, für die diese Einrichtungen politisch stehen, und ihrer Finanzveranlagung habe ich da noch kaum gehört. Die öffentlichen Hände üben sich hier eher in Kakophonie.

DR. MARKUS SCHLAGNITWEIT IST MITARBEITER DER KSÖE (KATH. SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS), WWW.GELDUNDETHIK.ORG

Nachhaltiges Investment als Verantwortung des öffentlichen Sektors Ausreichende Vorbildwirkung?

Der öffentliche Sektor gibt nicht nur Geld aus, er tätigt auch Finanzanlagen. Eine konsequente nachhaltigkeitsorientierte Finanzpolitik von Bund, Ländern & Co. betrifft somit nicht nur das Schuldenmanagement, sondern auch die Sphäre der Geldanlage.

Der öffentliche Sektor (Bund, Länder, Gemeinden, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, staatliche und kommunale Unternehmen) dient per Definition dem Gemeinwohl, in dem er für volkswirtschaftliche bzw. gesellschaftlich-politische Ziele wie Wohlstand, Verteilungsgerechtigkeit, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Sicherheit, etc. Sorge trägt. Anders ausgedrückt, kann man auch von Stakeholder-Orientierung (gegenüber Bürgern, Unternehmen, der Staatengemeinschaft etc.) sprechen bzw. von Nachhaltigkeit. Letztere lässt sich in ihrer 3-Säulen-Konzeption (Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft) gut auf das magische Vieleck der Volkswirtschaft (bestehend aus den Zieldimensionen Vollbeschäftigung, gerechte Einkommensverteilung, Geldwertstabilität, stetiges Wirt-

schaftswachstum etc.) umlegen und stellt mittlerweile ein explizites politisches Zielsystem dar („Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung“, „Sustainable Development Strategy“ der EU).

Nachhaltigkeit in der Finanzgebarung?

Wenn Nachhaltigkeit (zumindest programmatisch) das Handeln der öffentlichen Hände in ihren Kernaufgaben bestimmt, so scheint es logisch, diese Maxime auch auf die Finanzgebarung anzuwenden. Dies bezieht sich nicht nur auf die Refinanzierung (ein derzeit besonders heißes Themenfeld, das einer gesonderten Darstellung bedürfte) sondern auch auf die Finanzanlagen. Im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben tätigt der öffentliche Sektor nämlich auch Finanzinvestitionen, sei es im Rahmen des eher kurzfristigen Liquiditätsmanagements, des Risikomanagements oder auch mit mittel- bis langfristigem Anlagehorizont.

Nachhaltigkeits-Risiken entstehen aus einer möglichen (und streckenweise

als gegeben anzunehmenden) Verletzung politischer Grundsätze und Ziele unseres Landes durch (mehr oder weniger direkte und bewusste) Investments z. B. in börsennotierte Atomkraftwerke, Unternehmen die Umwelt- und Sozialgesetze unterlaufen, Länder mit schweren Demokratiedefiziten, Atomwaffenstaaten etc.

Mögliche Ansatzpunkte

Diese Beispiele sind nur ein kurzer Auszug aus dem Katalog von gängigen Ausschlusskriterien im wachsenden Segment des Nachhaltigen Investments. Diese werden ergänzt durch Positivkriterien (z. B. fairer Umgang mit Mitarbeitern, Konsumentenschutz, Umweltschutz etc.). Einen möglichen Maßstab für Nachhaltigkeit in der Geldanlage stellt das „Österreichischen Umweltzeichen für Grüne Fonds“ dar (Trägerorganisation Lebensministerium). Auch international existieren Leitlinien wie z. B. die „Principles for Responsible Investment“ (von UNEP FI und UN Global Compact).

Die Entwicklung und Anwendung von Verfahren und Kriterien des nachhaltigen Investments (z. B. von Österreichs Betrieblichen Vorsorge-

kassen schon fast flächendeckend betrieben) wäre somit auch für die Anlagestrategien des öffentlichen Sektors logische Konsequenz einer prinzipientreuen und zukunftsorientierten Politik.

Mag. Reinhard Friesenbichler

Generalversammlung der GLS Bank 750 Gäste

Die Nachfrage nach verantwortungsvollen Angeboten der nachhaltigen Universalbank ist ungebrochen hoch. Entsprechend konnte der Vorstand auf der diesjährigen Generalversammlung einen erfolgreichen Jahresabschluss und sehr guten Start ins Jahr 2010 präsentieren. Seit Jahresanfang entschieden sich bereits 7.000 Kunden für einen Wechsel zur GLS Bank. Insgesamt verzeichnet sie damit rund 80.000 Kunden und

17.000 Genossenschaftsmitglieder. Besonders stark nachgefragt werden neben Girokonten derzeit vor allem Tagesgeldkonten und Sparangebote. Bei einem Wachstum von 24 % bis Ende Mai beläuft sich die Bilanzsumme auf nunmehr 1,67 Mrd€.

Zu ihrer diesjährigen Generalversammlung vergangene Woche kamen 750 Gäste aus ganz Deutschland, darunter Bundestagspräsident Norbert Lammert. red.



Ihre Werte. Ihre Zukunft.

SUPERIOR Ethik Fonds

Die Bankhaus Schelhammer & Schattera KAG ist die einzige Kapitalanlagegesellschaft in Österreich, die ausschließlich nachhaltig ausgerichtete Publikumsfonds führt – für alle Ertrags- und Sicherheitsbedürfnisse. Der Investmentprozess der SUPERIOR Ethik Fonds beruht auf einem umfassenden Konzept der Nachhaltigkeit. Ein mehrstufiger Auswahlprozess stellt dabei sicher, dass nur in sozial und ökologisch verantwortungsvolle Unternehmen und Länder investiert wird.

Weitere Informationen zu den Fonds unter www.schelhammer.at/fonds



Diese Einschaltung ist eine Marketingmaßnahme und stellt keine Anlageberatung oder Anlageempfehlung dar. Die Prospekte der genannten Fonds in ihrer aktuellen Fassung (Kundmachung in elektronischer Form auf www.schelhammer.at/fonds und im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ vom 04.09.2008) stellen den Interessenten bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Bräunerstraße 3/2/6, 1010 Wien, und bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera AG, Göttschmedgasse 3, 1010 Wien, kostenlos zur Verfügung. Prospekt abrufbar unter: www.schelhammer.at/fonds



Foto: Felber

GASTKOMMENTAR

CHRISTIAN FELBER

Demokratische Bank als Alternative

Die Strategie der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte ist radikal fehlgeschlagen. Neben der Re-Regulierung braucht es radikale Alternativen von unten. Die „Demokratische Bank“ ist eine davon.

Durch den Generalschwenk der Banken von Gemeinwohlorientierung auf Gewinnstreben wurden diese ineffizient. Sie können ihre Kernfunktionen - die reibungslose Umwandlung von Spar- in Kreditgeld und die kostengünstige Abwicklung des Zahlungsverkehrs - nicht mehr oder nur noch unzureichend erfüllen. Der neue Fokus auf Vermögensverwaltung und Investmentbanking hat die Wirtschaft nicht effizienter gemacht, sondern instabiler und ungerechter. Wenn Geld zum Mittel zur Ware wird, sind Arbeitsplätze, Umwelt und Wohlstand in Gefahr.

Deshalb bedarf es einer „radikalen“ (wurzeltiefen) Umkehr: Geld und Kredit sollten zur Grundinfrastruktur der Wirtschaft zählen, als öffentliches Gut definiert und unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Die „Demokratische Bank“ soll dem Gemeinwohl dienen und folgende, in

der Verfassung festgeschriebene Kernaufgaben erfüllen:

1. Kostengünstige und unbürokratische Kreditvergabe an „real“ investierende Unternehmen;

2. Sichere Sparkonten mit staatlicher Einlagegarantie;

3. Recht aller vor Ort lebenden Menschen auf ein kostenloses Girokonto;

4. Servicefreundliche Abwicklung aller Bankdienstleistungen in einem flächendeckenden Filialnetz;

5. Kostengünstige Kredite an den Staat.

Die Demokratische Bank strebt keine Gewinne an, sie arbeitet kostendeckend. Sie lässt die Finger von Aktien, Fonds und Derivaten, meidet Steueroasen und wahrt keine Geheimnisse gegenüber dem Finanzamt. Transparenz bei allen Geschäftsvorgängen schafft Vertrauen in die Demokratische Bank.

Wichtiger Unterschied zu traditionellen „Staatsbanken“: Demokratische Banken sind von der Regierung unabhängig. Sowohl die Leitungsgremien werden direkt demokratisch gewählt als auch der kontrollierende Bankerrat, der sich aus VertreterInnen der Beschäftigten, der Sparkun-

Innen, der KreditnehmerInnen und der Allgemeinheit zusammensetzt. In allen Gremien befinden sich 50 % Frauen.

Sämtliche Kredite der Demokratischen Bank sind durch Spareinlagen gedeckt: Diese wachsen im Verhältnis zur realen Wirtschaft - und damit zur realen Kreditnachfrage - seit Jahrzehnten ungebrochen, weshalb Geld als Kredit in immer größerem Ausmaß zur Verfügung steht. Zweigstellen mit Einlagenüberschuss können zu Zweigstellen mit Kreditüberhang umverteilt oder zu höheren Ebenen und zum Staat, damit dieser günstig Kredit aufnehmen kann. Letzter Refinanzierungsanker bleibt wie bisher die Zentralbank.

Bei der Kreditvergabe wird nicht nur die ökonomische Bonität der Kreditwerber geprüft, sondern auch der soziale und ökologische Mehrwert der Investitionsvorhaben. Projekte mit dem höchsten sozialen und ökologischen Mehrwert erhalten die günstigsten Konditionen bis hin zum Nullzinssatz. So bekämen zum Beispiel Initiativen für fairen Handel einen besonders günstigen Zugang zu Fremdkapital. Sollten Projekte, die sich un-

mittelbar nicht rentieren, einen hohen sozialen oder ökologischen Mehrwert generieren, erhalten sie von der Risikoabteilung „ökosoziales Risikokapital“.

Parallel zum Aufbau demokratischer Banken müssten die spekulativen und riskanten Segmente und Akteure der globalen Finanzmärkte rückgebaut und geschlossen werden. Dann müssten auch die Reichen ihr Geld bei der „Demokratischen Bank“ deponieren, was diese Geldmassen nicht nur in sinnvollere Verwendungen leiten, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für die Besteuerung dieses Reichtums schaffen würde.

Private Banken, die nicht gleich hohe Standards erfüllen wie die Demokratische Bank, erhalten a) keine staatliche Refinanzierung durch die Zentralbank, b) keine Einlagegarantie, c) keinen Zugang zur Staatsfinanzierung.

Bevor die „gesetzliche“ Demokratische Bank idealerweise in der Verfassung verankert wird, will eine große Zahl von Menschen die demokratische Bank zunächst als private Genossenschaft gründen.

info@demokratische-bank.at

CHRISTIAN FELBER IST FREIER PUBLIZIST, UNIVERSITÄTSLEKTOR UND MITBEGRÜNDER VON ATTAC ÖSTERREICH. AKTUELLES BUCH: „KOOPERATION STATT KONKURRENZ. 10 SCHRITTE AUS DER KRISE“. AM 16. AUGUST ERSCHEINT DIE „GEMEINWOHL-ÖKONOMIE“ BEI DEUTSCHE. NÄHERE INFOS: WWW.CHRISTIAN-FELBER.AT

„Finanzierung und Veranlagung der öffentlichen Hand Bundesfinanzierungsagentur

Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur fungiert im Namen und auf Rechnung des Bundes als Treasury der Republik Österreich.

Im Rahmen ihrer vielfältigen Aufgaben sorgt sie im Interesse der Steuerzahler für die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Republik Österreich und die Aufnahme von Schulden zu langfristig optimalen Konditionen, wobei eine risikoaverse Grundausrichtung verfolgt wird. Die rechtliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der ÖBFA bildet das Bundesfinanzierungsgesetz vom 4. 12. 1992, BGBl. 763/1992.

Im Rahmen einer Gebärungsprüfung hat der Rechnungshof im Juli 2009 die Finanzierungs- und Veranlagungsinstrumente sowie die Finanzierungsstrategien und -risiken des Bundes und der Bundesländer beurteilt und verglichen und Änderungen im Finanzmanagement des Bundes angeregt.

Die vom Bundesminister für Finanzen eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung von **Univ. Prof. Dr. Stefan Pichler** hat die folgenden Leitlinien ausgearbeitet:

- Konsequente Trennung

von Treasury - Funktion und Risikomanagement-Funktion auf allen aufbauorganisatorischen Ebenen

- Klar definierte zentrale Wahrnehmung der obersten Risikomanagementfunktion des Bundes im Bundesministerium für Finanzen

- Klar strukturierte Auftrags- und Kontrollverhältnisse

- Operative Wahrnehmung der Treasury - Aufgaben in einer eigenständigen Organisationseinheit

- Inhaltliche Verantwortung für Zielvorgaben und strategische Risikobegrenzung im BMF

- Eingehen nur jener Risiken, die zur Erfüllung der Staatsaufgaben notwendig sind (kein Eingehen vermeidbarer Risiken, insbesondere nicht zur Erzielung zusätzlicher Erträge)

- Anwendung von Best-Practice-Sorgfaltspflichten

- Konkrete Einbeziehung ethischer Standards in die Risikobeurteilung

Außerdem wurde großes Synergiepotenzial durch die Zentralisierung von Risikoma-

nagementaufgaben verschiedener Institutionen des Gesamtstaates sowie durch die zentrale Wahrnehmung gewisser Funktionen des Treasury geortet.

Die heimische Bundesfinanzierungsagentur hat alle Leitlinien umgesetzt, die innerhalb ihres Gestaltungsradius lagen.



Frau Dr. Martha Oberndorfer, CFA Geschäftsführerin der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur



Foto: Wolfgang Bader

ETHISCHES INVESTMENT

MAG. HARALD KOLERUS

Was uns alle betrifft

Das Schweizer Bankhaus Vontobel setzt sich schon seit Jahren sehr intensiv mit Nachhaltigkeit auseinander, wobei der vierteljährliche Report: „Nachhaltige Anlagen mit Zertifikaten“ immer sehr interessante Einblicke in die Trends dieses Themenkomplexes bietet. Eine (erfreuliche) Kernaussage des aktuell vorliegenden Berichts lautet: „Nachhaltiger Konsum und nachhaltiges Wirtschaften bedeuten nicht automatisch Verzicht und Sparsamkeit.“ Denn die Natur stellt vieles im Überfluss bereit, ohne Ökosysteme zu beeinträchtigen oder knappe Ressourcen zu übernutzen. Ziel der nachhaltigen Entwicklung ist es laut Vontobel, die Kreisläufe der Natur nicht zu schädigen und im Einklang mit diesen zu wirtschaften. Dafür stehen Unternehmen im Wesentlichen zwei Ansätze zur Verfügung: Mit der Steigerung der Effizienz ist es möglich, weniger natürliche Ressourcen wie Wasser oder Erdöl zu verbrauchen. Eine weitere Option ist, andere Rohstoffe zu nutzen. Erschöpfbare Ressourcen können durch nachwachsende Rohstoffe, fossile durch regenerierbare Energiequellen und toxische Stoffe durch biologisch abbaubare substituiert werden.

Unternehmen, welche die Kunst beherrschen, beide Ansätze optimal zu kombinieren,

bieten attraktive Investitionsmöglichkeiten für Investoren.

Für **Heiko Geiger**, Senior Advisor Financial Products Vontobel Europe, sind vor allem jene Anlagenthemen interessant, die direkt mit der Existenz des menschlichen (Über-)Lebens zusammenhängen. Hier nennt Geiger etwa das Thema Wasser: „Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO haben heute weltweit noch immer 1,1 Mrd Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dabei konsumiert ein durchschnittlicher Schweizer Privathaushalt pro Person und Tag rund 162 Liter Wasser. Die Toilettenspülung hat dabei einen Anteil von ungefähr 30 % und ist damit mit Abstand der größte Wasserverbraucher im Haushalt.“ Geiger verweist in diesem Zusammenhang auf den Einsatz von Regenwasser oder Gebrauchtwasser für Toilettenspülungen - diese Technik wird bereits vielerorts angewandt und bietet nur ein Beispiel um saube-

res Trinkwasser einzusparen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für Geiger der Klimawandel: „Er betrifft alle Menschen sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern. Klima- und Umweltschutz ist von existentieller Wichtigkeit, was sich leider aber noch nicht im Bewusstsein und in den Handlungsweisen vieler Menschen aber auch Unternehmen durchgesetzt hat.“ Dabei ist Nachhaltigkeit ja nicht „nur“ ein ethischer sondern auch ein ökonomischer Faktor, was uns jetzt das Beispiel der Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko drastisch vor Augen führt: BP hat rund die Hälfte seines Börsenwertes verloren, Skeptiker spekulieren sogar mit der Zerschlagung des Unternehmens. Wer sich der Bedeutung von Ökologie und Ökonomie bewusst ist, findet übrigens bei Vontobel Zertifikate, die sich auf Themen wie Wasser, Klimaschutz oder nachhaltigen Konsum und Mobilität spezialisiert haben.



Foto: Fotolia.com/Gioacchino Trigona

Verantwortlich für das
Sonderthema Geld & Ethik:
Rudolf Erdner
erdner@finanzdl.at



Foto: Josef Henk